

Mythos Politische Beteiligung – Phantom Bürgergesellschaft: Analyse-Abstinenz und Reflexions-Defizit der Politik

„In der Öffentlichkeit wird die Wahrheit unterdrückt.“

Ex-Verfassungsrichter Paul Kirchhoff, Mitglied im Schattenkabinett von Angela Merkel

Christian Wulff will seine Amtszeit als Bundespräsident dem Thema „Zukunft der Demokratie“ widmen. Er sorgt sich vor allem um das „mangelnde Interesse vieler Bürger, sich in den Kommunen zu engagieren.“ Auch das schlechte Image der Politiker motiviert ihn zu seiner ungewöhnlichen programmatischen Schwerpunktsetzung. „Heute begleitet die Politiker viel Häme, viel Spott und viel Misstrauen – mehr als früher.“ Ungewöhnlich klar analysierte er: „Der Graben zwischen Wählern und Gewählten wird größer.“ Vertrauensverlust und Wahlverweigerung gegenüber Politik und Parlament einerseits, Passivität, Beteiligungs-Abstinenz und Desinteresse der Bürger andererseits. Die Kerze der Demokratie brennt also von zwei Seiten und niemand kann – jenseits wohlmeinender Appelle – eine überzeugende Perspektive zur Stabilisierung und Revitalisierung demokratischer Strukturen bieten. Zum Lagebild gehört auch, dass Wulffs Entscheidung, die Bedrohung der Demokratie in Deutschland zu „seinem“ Thema zu machen, kaum öffentliche Resonanz fand.

Demnächst soll ausgerechnet unter dem Dach der Bertelsmann-Stiftung und der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten Demokratie im großen Stil simuliert werden. Tausende Bürger werden eingeladen, „Demokratie zu spielen“. Die etablierte Politik spürt offenbar, dass die Abkopplung von Bürgern und Regierenden eine gefährliche Intensität erreicht hat. In der Diagnose dieses heiklen Zustands hat sich etwas geändert, in der Therapie der Demokratie-Sklerose nicht.

(...)

Der Zynismus der etablierten (Beteiligungs)-Politik

In keinem anderen Themenfeld ist die Kluft zwischen positiver medialer Aufladung und minimaler politischer Handlung so groß wie im Feld der „Beteiligungspolitik“. Euphorische Appell-Rhetorik und nüchtern zu registrierende Passivität bei der Umsetzung einer wirksamen Infrastruktur zur Entfaltung einer vitalen Bürgergesellschaft fallen auseinander. Kein Zweifel: Die Politik auf ganzer Linie will die Stimulierung einer Zivilgesellschaft, die als Ausfallbürge eine Fülle sozialer

Aufgaben übernehmen soll. Die Beteiligung der Engagierten soll „kostenneutral“ und „beteiligungsfrei“ organisiert werden. Die Bundesregierung will und kann aufgrund einer schier grenzenlosen „Regenschirm-Politik“ für diesen gesellschaftlichen Umbau nicht den notwendigen Preis zahlen. Nicht einmal für den Aufbau einer sinnvollen Infrastruktur zur Stützung des Ehrenamtes. Dieser Zielkonflikt ist der tiefere Grund für die Vakuum-Appelle, die die etablierte Politik seit gut einem Jahrzehnt in wachsender Intensität an die Ehrenamtlichen, die bürgerschaftlich Engagierten, die Zivilgesellschaft richtet.

Der Grund für diese Entwicklung: Zwei Kulturen prallen aufeinander: hier eine tradierte Top-down-Kultur in fast allen politischen Organisationen, die die Entscheidungsprozesse und den Umgangsstil mit allen Akteuren von oben nach unten prägt. Dort eine Bottom-up-Kultur, in der echte Beteiligung die Voraussetzung für (dauerhaftes) ehrenamtliches Engagement ist. Diese beiden Kulturen sind nur schwer miteinander zu versöhnen. Nicht einmal der Versuch ist zu erkennen. Zumal es bislang keine Anzeichen dafür gibt, dass die Politische Klasse diesen Grundkonflikt überhaupt verstanden hat.

Politik bzw. der Parteienstaat folgen einer grundlegend anderen Logik als Engagierte, Beteiligungs-Interessierte oder Freiwillige in der Zivilgesellschaft. Politik ist zunächst Machterwerb und Machtsicherung. Beteiligung steht (oft) quer zu diesen prägenden Mustern, weil in der Regel die Motivation für die Mitwirkung ideell grundiert ist. Nur selten geht es um Jobs, Karrieren oder materielle Vorteile.

Verzagen – oder mehr Demokratie wagen?

Nach Willy Brandts Credo – Demokratie wagen – ist ein vergleichbares politisches Konzept nicht mehr ausgedacht und vorangetrieben worden. Alle Ansätze versickerten und versandeten. Kein einziges Projekt wurde konsequent angepackt. Angekündigt und versprochen wurden immer wieder öffentlicher Diskurs zu Konfliktfragen, Partizipation, Formen direkter Demokratie und wirksamer Beteiligung. Nur auf die Dauer-Beschallung dieser Ankündigungen mithilfe orchestrierter Kommunikation folgte nichts.

Was sind die Gründe für diese Kluft zwischen Reden und Handeln?

Politische Organisationen sehen Beteiligung oft als lästig und zeitraubend an und haben ihre Strukturen nicht auf wirksame, aber zeitintensive Beteiligungsprozesse ausgerichtet. Sie sehen ehrenamtlich Engagierte vor allem als eine Sonderform von Zivildienstleistenden in einem überlasteten Sozialstaat, nicht als Mitgestalter gesellschaftspolitischer und sozialer Arbeitsfelder. Beteiligung hat oft eine Alibi-Funktion. Schon vor Jahren wurde dieser Trend in einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung bestätigt; die internen Organisationsuntersuchungen der Arbeiterwohlfahrt

weisen in eine ähnliche Richtung. Auch die jüngste Befragung der SPD-Ortsvereine und Unterbezirke belegt die tiefe Kluft zwischen Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen, zwischen Zentrale und Basis, zwischen Oben und Unten, zwischen Steuerung durch Funktionäre und Selbststeuerung der Basis. Die Dichte der empirischen Forschung steht im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Wahrnehmung. Das gleiche Spannungsverhältnis bestimmt das Konflikt-Szenario von „Hauptamtlichen“ und „Ehrenamtlichen.“

Der gesamte Markt der Wohlfahrtskonzerne beispielsweise ist strukturell konservativ und hierarchisch organisiert. Im Rollenkonflikt zwischen Wohlfahrtskonzernen und zivilgesellschaftlichen Akteuren geht die Waage immer mehr in Richtung Konzern. Dies belegt nicht nur die interne Studie der Arbeiterwohlfahrt zur Organisationsentwicklung des Konzerns. Wohlfahrtsverbände stützen sich in der Mehrheitstendenz nicht auf eine zivilgesellschaftliche Ordnungspolitik, sondern sie haben sich den staatlichen Vorgaben und der Logik der „Leistungserbringer“ gebeugt. Der sogenannte Dritte Sektor ist schon heute Avantgarde in der Schaffung prekärer Beschäftigungsverhältnisse.

Das vom ARD-Magazin Panorama nachgewiesene System des Missbrauchs von Ehrenamts-Pauschalen in Wohlfahrtsverbänden löste kaum Reaktionen aus. Ihre Lobby ist stark genug, um selbst nachgewiesene Skandale dieses Ausmaßes rasch zu marginalisieren.

Ausgerechnet die Arbeiterwohlfahrt und der sonst so forsch auftretende Paritätische Wohlfahrtsverband sind kürzlich aus dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) ausgetreten. Der profane Grund: Die BBE-Diskussions-Plattform, die ein breites Spektrum der Zivilgesellschaft versammelt, wurde den beiden Wohlfahrtskonzernen offenbar „zu einflussreich“.

Verbaler Überbau als Legitimation für Nicht-Politik

Der verbale Überbau zur Übernahme von Verantwortung für die Gesellschaft ist nur der Ersatz für eine Nicht-Politik in allen Fragen der Beteiligung. Das Ehrenamt wird so zum Reparatur-Werkzeug einer orientierungslosen Politik, zum symbolischen Kitt für eine Gesellschaft, die ihren inneren Kompass verloren hat.

Eine ernsthafte Pflege der Zivilgesellschaft würde die organisierte Teilhabe aller Interessenten und Machtverzicht bedeuten. Machtabgabe ist aber das Letzte, was Politiker und Funktionäre freiwillig zulassen. Die „Demokratie-Frage“ trennt die beiden Welten. Die „Kreise“ sollen nicht gestört werden.

Der Mythos der Förderung der Beteiligungskultur soll die „weiche Seite“ einer Engagement-Politik bedienen und entzieht sich – auf der Basis schwammiger Allgemeinformeln – der gezielten Konkretion.

Nur einige Fallbeispiele sollen diese These der gezielten Unverbindlichkeit belegen:

- a) Die Themen rund um direkte Demokratie, Referenden, Volksbegehren und Volksentscheiden etc. sind reine Methadon-Programme der Politik. Jahrelang hatte man – mit Ausnahme der CDU – mehr Beteiligungschancen verbal unterstützt, aber keine erkennbaren Initiativen zur Umsetzung gestartet. Erst buchstäblich am letzten Tag des Jahres 2010 hat der saarländische SPD-Landeschef Heiko Maas einen konkreten und richtungsweisenden Entwurf für die SPD formuliert. Auf dem Papier ist das Bekenntnis zu mehr (lokaler) Demokratie normiert. In der Praxis fehlen die Beweise.
- b) Beteiligungsfördernde Befragungen der Basis werden von Parteien und Verbänden nur zugelassen, wenn Programm- und Personalkonflikte als unlösbar erscheinen – sozusagen als Notlösung, als last Exit, um einer Entscheidungs-Sackgasse zu entkommen.
- c) Die Infrastruktur-Förderung von Ehrenamts-Agenturen und Freiwilligenzentren auf lokaler Ebene wurde stets nur sehr zögerlich betrieben. Eine kaum nachvollziehbare Politik, da zahlreiche Studien immer wieder ein gigantisches, unausgeschöpftes Potenzial freiwilliger Helfer und suchender Ehrenamtlicher ausweisen. Immer wieder ist die Rede von etwa 30 Prozent interessierter Bürger, die am Ehrenamt interessiert, aber noch nicht integriert sind. Gäbe es eine wirksamere Integration dieses angeblichen Potenzials, als die Einrichtung von Beratungsstellen, Treffpunkten, Kontaktstellen?
- d) Teilhabe fordert Beratung – Engagement muss gelernt werden. Obgleich gut belegt ist, dass viele Interessenten für das Ehrenamt sich Aus- und Weiterbildung wünschen, um sich für die Herausforderungen eines längerfristigen Engagements zu rüsten, geschieht auch auf diesem Feld wenig. Angebote, etwa der Volkshochschulen, und Nachfrage stehen hier nach wie vor im Gegensatz.
- e) Die Übungsleiterpauschale (2.100 Euro im Jahr) kombiniert mit einem 400-Euro-Job verdrängen schon heute reguläre Arbeitsplätze und belasten die Kassen der Sozialversicherung. Kritik hört man hier allenfalls von wenigen Personalräten. Fest steht jedoch im Grundsatz: Die Monetarisierung des Ehrenamtes führt in eine Sackgasse. Solche kommerziell gedachten „Kombi-Angebote“ untergraben den Geist des ehrenamtlich Engagierten.
- f) Das Ehrenamt ist ein mediales Goodwill-Thema für Gala-Abende und TV-Shows und eine Plattform für B-Promis, die gerne einen Image-Transfer vornehmen, wenn sie „gesichtsbekannt“ für das ehrenamtliche Engagement posieren. Bei diesem Spiel „Aufmerksamkeit gegen Image“ machen selbst etablierte Ehrenamts-Organisationen wie das BBE bereitwillig mit, ohne eine Imageverletzung zu bemerken. CSR wird stets nur aus der Logik der PR- und

Marketingabteilungen gedacht. Viele Organisationen lassen sich hier bedenkenlos vor einen „Marketing-Karren“ spannen.

- g) Die Politik hantiert mit gekauften Zahlen und manipuliert das reale Bild des ehrenamtlichen Engagements und der Freiwilligenarbeit mit „Telefon-Befragungen“ von gekauften Experten. Sie lässt in „Studien“ „blühende Landschaften“ konstruieren, obgleich das Feld tatsächlich verdorrt ist. Das heißt: Die Politik lässt sich das Thema „Zivilgesellschaft“ schön rechnen. Die Strategie ist ganz einfach: Wenn rund 34 Prozent der Erwachsenen schon heute ehrenamtlich sehr aktiv sind, muss die Politik doch nichts unternehmen. Die ständig von allen wiederholten und zum Teil grenzenlos gesteigerten Phantomzahlen sind die Garantie und die Bequemlichkeits-Legitimation für die Fortsetzung der Passivität. Selbst vorsichtige, ausgewiesene Kritiker, die die empirische Haltlosigkeit etwa des Freiwilligen surveys oder der Generali-Zahlen kritisieren, werden aus den Beiräten zu den Forschungsprojekten entfernt. Die zahlreichen Stiftungen und Vereinigungen – von den Volksbanken bis zum BBE – rund um das bürgerschaftliche Engagement schweigen seit Jahren zu diesem Tabu-Thema, weil hohe Engagementzahlen auch ihre Lobby-Existenz sichern. Jeder Verantwortliche in den Feuerwehren oder Sportvereinen, jeder Leiter eines Altenheims oder eines Hospizes dementiert die frisierten Planungszahlen mit den „harten“ Zahlen aus der Alltagspraxis.
- h) Skeptische Studien zur Demokratieakzeptanz (FES), Mitgliederverluste, fehlende Schülervertretungen, marginale Beteiligung an den Wahlen zu Studierenden-Vertretungen oder Elternbeiräten, ungenutzte Ehrenamtskarten und andere Praxis-Indikatoren werden schlicht ignoriert oder – frei nach Kirchhof – ausgeblendet. Immer häufiger klagen die Rest-Aktiven großer Organisationen über Nachwuchsprobleme und den Verlust von Ehrenamtlichen. Die Feuerwehren, Sport- und Migrantenvverbände haben dies in eindeutiger Form öffentlich getan. Ohne Resonanz.
- i) Die wirksamste Förderung von Beteiligung und Freiwilligenarbeit, nämlich die Ausbildung, Multiplikatoren-schulung, Supervision und Infrastruktur-Förderung, wird nur en passant betrieben. D. h., das Training zur Entwicklung von Beteiligungs-Qualifikation wird vernachlässigt. Die „normalen“ Lern- und Sozialisationsfelder für eine wirksame Beteiligungskultur schrumpfen und werden in der Ego-Gesellschaft zu Ausnahme-Oasen. Allein das Geschäft der PR-Agenturen, für die das zivilgesellschaftliche Engagement der Aktiven ein Teil ihrer „Roadshow“ ist, blüht.

Sinnspuren einer motivierenden Beteiligungspolitik

Die Förderung der Beteiligungskultur kann nur mit einer Sonderwährung belohnt werden: mit Sinn, Lernerfahrungen, persönlichen Feedbacks, Kontakten mit Gleichgesinnten, also mit weichen Faktoren. Vergünstigungen, Ehrenamts-Cards, Zuschüsse zu Versicherungsbeiträgen sowie Ehrenamts-Pauschalen für wenige privilegierte Gruppen u.a. führen in eine Sackgasse und materialisieren Einsatz, der sich nicht materialisieren lässt. Auch hier hat sich die liberale Denkschule durchgesetzt.

Die FDP setzt sich nach der Blitz-Aufgabe der Wehrpflicht ziemlich unverhohlen für die Etablierung einer legalisierten Reserve-Armee von Freiwilligen für soziale Dienste ein. Nicht nur die Liberalen verfolgen das Ziel mit allen Mitteln, einen Niedriglohnsektor auszuweiten und zu stabilisieren. Die gleiche instrumentelle Tendenz ist bei Unternehmen zu besichtigen, die sich für das Ehrenamt starkmachen.

Das Ehrenamt wird im Feld der Beteiligungskultur als PR-Placebo genutzt. Der Einsatz für das Ehrenamt (CI, CSR, Stiftungen etc.) ist nur ein integrierter Teil des gesamten PR-Portfolios der Konzerne. Das symbolische Bekenntnis zu mehr Beteiligung ist abgekoppelt von der realen Praxis. In den Unternehmen selbst werden mehr Beteiligung und Freistellung von Engagierten selten realisiert.

Der Einsatz für das Ehrenamt ist Teil der „PR-Roadshow“, wie Marketing-Chef großer Konzerne und die beauftragten Agenturen freimütig in informellen Kongressgesprächen bekennen. Ihr Ziel: Die Leistung im Unternehmen soll hochgeschraubt und gleichzeitig soll ehrenamtliches Engagement zusätzlich „geliefert“ werden.

Arbeitgeber wollen natürlich die „soft skills“ der Freiwilligen und Engagierten mit einkaufen – sie wollen eine vitale Beteiligungskultur in der Praxis aber nicht fördern. Etwa durch Freistellungen oder durch Zeit für Weiterbildung. Kommunikations-Fachleute in den Agenturen nennen das eine „Petersilie-Diskussion“.

Der Tabubruch des hessischen Ministerpräsidenten Bouffier

Mit bemerkenswerter Offenheit hat der frühere hessische Innenminister und heutige Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) zwei weitere Lebenslügen im Bereich der „Ehrenamtspolitik“ (un)freiwillig präsentiert. Auf einer CDU-Veranstaltung in Großlüder beklagte er schon vor fast acht Jahren die gravierenden Nachwuchsprobleme der Freiwilligen Feuerwehr. Wörtlich sagte er: „Zentrales Problem ist es, dass wir in Zukunft noch genügend Leute haben.“ Die im Lauf der Jahre ausgezehrt ehrenamtliche Basis müsse wieder gestärkt werden. „Die Alternative Berufsfeuerwehr sei für die Kommunen nicht zu bezahlen.“

Damit machte der CDU-Mann zwei Dinge klar, die von den zuständigen Politikern bis dahin stets bestritten wurden. Erstens: Es gibt Nachwuchsprobleme, obgleich der Freiwilligen-Survey das krasse Gegenteil ermittelt hat und gebetsmühlenartig wiederholt, dass 36% der Bevölkerung ehrenamtlich aktiv seien. Zweitens: Er räumte ein, dass die Ehrenamtlichen faktisch „Ausfallbürgen“ für Leistungen sind, die der Staat nicht mehr übernehmen kann. Nicht nur in Bezug auf die Feuerwehren werden die Kommunen künftig noch stärker gefordert.

Mittlerweile ist der Problemdruck so stark geworden, dass sich das Hessische Ministerium des Innern und für Sport Anfang 2009 direkt mit einem Prospekt an die Hessischen Unternehmer und Arbeitgeber wenden musste. Der Grund: Immer mehr der 71 000 Feuerwehrangehörigen (97%) stoßen auf Widerstand bei der Freistellung im Brand- oder Katastrophenfall. Um künftige Gefahren „im Spannungsfeld der Interessen von Arbeitgebern und Gesellschaft“ zu verhindern, droht das Ministerium unumwunden mit einem eher unbekanntem Gesetz:

„Wenn die Zahl der Feuerwehrangehörigen zu gering ist, können Einwohner vom 18. bis 50. Lebensjahr zum ehrenamtlichen Dienst in der Gemeindefeuerwehr herangezogen werden. ... Es liegt im Interesse der Unternehmen, dies zu vermeiden und das Prinzip der freiwilligen Mitwirkung in der Feuerwehr zu erhalten; die Einführung von Pflichtfeuerwehren würde die Betriebe stärker beeinträchtigen.“¹

Deutlicher kann man die Notlage des Ehrenamts nicht dokumentieren. Die Feuerwehr ist ein besonderer Fall, weil die Lohnkosten für Feuerwehreinsätze, Übungen und Fortbildung von den jeweiligen Bundesländern erstattet werden. Zudem werden Aktive in den Feuerwehren mit einer sogenannten „Übungsleiter-Pauschale“ vom Staat finanziell unterstützt.

Doch nicht nur die Feuerwehren sind von dem leisen Rückzug der Ehrenamtlichen ins Privatleben betroffen. Ähnliche Tendenzen gibt es im Sport – auch hier kann die staatliche Alimentierung mit einer Übungsleiter-Pauschale die Abgänge nicht ausgleichen. Zahlreiche Schulen müssen ohne Elternvertreter auskommen. Die *Berliner Zeitung* meldet am 12. Dezember 2008: „Eltern lassen sich nicht mehr blicken. Erstmals findet eine Schule in Berlin überhaupt keine Vertreter für die Schulkonferenz.“ Eine solche Nachricht ist für viele Lehrer von Bremerhafen bis Backnang nichts Neues.

Händeringend suchen Altenheime, Hospize und Krankenhäuser ehrenamtliche Betreuer – mit immer größerem Aufwand, unterstützt von professionellen Akquisiteuren, und doch mit immer geringerer Resonanz bei den Bürgern. Der Staat,

¹ Vgl. Informationsfaltblatt des hessischen Innenministeriums 2009; selbst die Zeitschrift Focus publizierte eine Reportage mit dem Titel „Es brennt! Die freiwilligen Feuerwehren haben massive Nachwuchsprobleme. Immer mehr Standorte schließen.“ Focus 8/2009 vom 16.2.2009

der seit Jahren auf Pump lebt und sich auf eine unkontrollierte, wuchernde Bürokratie stützt, braucht „billige“ Helfer. Aber die gesuchten Helfer planen lieber den zweiten Ski-Urlaub und suchen sich „selbst zu erfüllen“, wie Freizeit-Experten bilanzieren.

Die Tatsache, dass der Staat zunehmend auf „Freiwillige“ bauen muss, ist der eigentliche Grund für eine grotesk-euphorische „Ehrenamts-Rhetorik“. Denn bislang war es ein Tabu, den Bürger für Aufgaben der Gemeinschaft zu verpflichten. Doch mittlerweile sollen Eltern Schulen renovieren, Kinder ihre Klassen reinigen und Bürger für die Sicherheit in der Innenstadt sorgen. Diese „Zumutungen“ des Staates scheitern häufig, weil es keine begründete und durchdachte Engagement-Politik gibt. Diese anspruchsvolle Aufgabe haben alle politisch Verantwortlichen immer wieder vor sich hergeschoben. Der Grund dafür ist ganz einfach:

Eine glaubwürdige Engagementpolitik kann sich nicht mehr allein auf primitive Appelle stützen und die Frage der politischen Beteiligung ausklammern.

„Soziales Engagement“ gehört seit jeher zum guten Ton: Nach vielen Jahren der PR-Beschallung hat sich die Wahrnehmung im Feld der Engagierten aber langsam verändert. Immer mehr erkennen, dass sie nur Objekt von PR-Botschaften sind, aber hinter diesen Schönwetter-Kulissen keine Verbesserungen der praktischen Engagement-Politik zu erkennen sind.

Auftakt oder Ende der Mythen?

Die skizzierten Mythen sind unzerstörbar, weil es keinen Akteur gibt, der die Mythen analysieren und thematisieren will. Die Politik redet von Beteiligung, von der Hinwendung zur Zivilgesellschaft und der Öffnung von Entscheidungs- und Mitwirkungsverfahren. Die wirklich an Beteiligung interessierten „Freiwilligen“ vernimmt man öffentlich kaum, weil sie kein Sprachrohr, keine Stimme haben.

Die Legitimationsreserven der Parteiendemokratie schwinden – nur Öffnung und Beteiligung kann als Werkstatt-Blaupause eine zivilgesellschaftliche Erneuerung und eine bessere Akzeptanz des Ehrenamtes ermöglichen.

Die „Expansion einer realitätsblinden Funktionärsherrschaft“ fördert die sehr breit analysierte und zunehmend auch kritisierte Wagenburgmentalität der Parteien, die sich (noch) gegen zivilgesellschaftliche Ansprüche stellt. Ohne wirksame Öffnungs- und Reformprozesse wird sich dieser Trend jedoch noch verstärken und die privilegierte Sonderstellung der Parteien in der Demokratie infrage stellen. Selbst Bundesumweltminister Norbert Röttgen sieht bereits die „Legitimation der Parteien“ gefährdet, wenn es nicht gelingt, wirksame Beteiligungsprozesse zu ermöglichen und proaktiv zu organisieren. Die Legitimations-, Diskurs- und Programmschwäche sind nur einige wichtige Herausforderungen für die Parteien. Ohne Veränderungen in diesem Feld, die allesamt auf die Hinwendung zur Bürgergesellschaft und eine neue

Diskussions- und Entscheidungskultur hinauslaufen, ist eine zivilgesellschaftliche Vitalisierung der Demokratie nicht denkbar.

(...)

Fazit:

Das Primat der Politik muss wiederhergestellt, direkte Beteiligung gefördert werden. Die Politik darf sich nicht länger den zentralen Konfliktfeldern der deutschen Politik entziehen. Bürgerbeteiligung und Bürgerorientierung muss wieder der gültige Maßstab in der Demokratie sein. Parteien müssen sich öffnen und die Beteiligung der Bürger mit einem möglichst großen Set an Mitwirkungs-Möglichkeiten als durchgehendes Prinzip ihrer Arbeit verankern. Es gibt kein Thema, das sich besser zur Mythenbildung eignet als das Thema Beteiligung und freiwilliges Engagement. Der Humus dieser Mythen wird noch reichhaltige Frucht bringen.

Prof. Dr. Thomas Leif ist Honorarprofessor am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Koblenz-Landau und Chefreporter Fernsehen beim Südwestrundfunk (SWR).

Kontakt: thomas.leif@faberdesign.de